

Renzis Schicksal hängt an zwei Buchstaben

Referendum über Verfassungsreform in Italien – Bei einem „No“ droht Europa ein erneuter Schlag ins Gesicht

Von Kathrin Hoth

Heidelberg. Falls Matteo Renzi tatsächlich meint, was er sagt, dürfte er aus dem Lachen im Moment überhaupt nicht mehr herauskommen. „Wenn jeder gegen mich ist, dann habe ich am meisten Spaß“, lässt Italiens sozialdemokratischer Ministerpräsident nämlich wissen. Und an Gegnern mangelt es ihm derzeit wahrhaftig nicht. Am Sonntag müssen die Italiener ankreuzen, ob sie der umfangreichsten Änderung der Verfassung seit deren Inkrafttreten 1947 zustimmen oder nicht. Renzi steht unter Druck. „Si“ oder „No“ – zwei Buchstaben könnten über sein Schicksal entscheiden.

> Die Ausgangslage: In Italien stehen sich zwei gleichberechtigte Kammern gegenüber: die Abgeordnetenkammer mit 630 und der Senat mit 320 Mitgliedern. Beide können der Regierung das Vertrauen verleihen oder entziehen und stimmen gleichberechtigt über Gesetze ab. Dieser „Bicameralismo perfetto“, das totale Zweikammersystem, ist in Europa einzigartig.

> Die Reform: Kernstück ist eine Neugestaltung des Parlamentsbetriebs. Renzi will damit die Kompetenzen des Senats beschneiden. Er soll auf 100 Sitze verkleinert werden und dürfe nur noch über Regionales, Verfassungs- und EU-Gesetze abstimmen. Die Senatoren würden von den Regionen entsandt, nicht direkt gewählt. Außerdem soll die Verwaltungsebene der Provinzen abgeschafft werden.

> Was dafür spricht: Blockaden, Lähmungen und endlose Debatten – im politischen Italien war das an der Tagesordnung. Das totale Zweikammersystem führte dazu, dass Gesetze schier unendlich zwischen beiden Kammern hin- und hergeschoben wurden, bis ein Kompromiss stand. Dieses „Pingpong“ genannte Prozedere hätte ein Ende. Außerdem hinge das Schicksal der Regierung nicht mehr vom Senat ab, was Italien mehr Stabilität verleihen soll. Und es ließe sich durch die Verkleinerung des Senats einiges an Geld sparen.

> Was Skeptiker sagen: Kritiker warnen vor einer zu starken Exekutive und zu wenig demokratischer Kontrolle. „Natürlich ist der Prozess schneller, wenn man



Kämpft für das Referendum und für seine politische Zukunft: Matteo Renzi. Foto: AFP

die Diskussion im Parlament kaputt macht. Aber die Demokratie soll ja langsam arbeiten. Das ist eine Garantie für sie selbst“, sagt etwa die italienische Linken-Politikerin Luciana Castellina. Verstärkt werden diese Befürchtungen durch ein bereits beschlossenes neues Wahlgesetz, das der Gewinnerpartei mit einem Stimmenanteil von über 40 Prozent automatisch eine Sitzprämie zugesteht und sie so mit einer Regierungsmehrheit ausstattet.

> Die Experten-Meinung: Es gebe eine Gewaltverschiebung in Richtung Regierung, sagt der Gießener Politikwissenschaftler Markus Grimm. Er forscht zum

politischen System Italiens und findet, die Reform sei nicht zu Ende gedacht: „Natürlich muss man die Lähmung des Parlamentsbetriebs in Italien aufbrechen. Gleichzeitig sollte man das System aber stärker dahin entwickeln, dass Koalitionsregierungen wie in Deutschland notwendig werden.“ Dürfte er zur Wahl gehen, würde Grimm aber trotzdem mit „Ja“ stimmen. „Natürlich müsste man noch weiter reformieren, aber ich sehe das als einen von mehreren Schritten in Renzis durchaus erfolgreichem Reformprozess“.

> Die Rolle Renzis: Der Regierungschef verknüpfte von Anfang an sein eigenes

Schicksal mit dem Ausgang des Referendums. „Wenn die Italiener diese Veränderungen nicht wollen, dann braucht es meine Regierung nicht, dann gehen wir eben nach Hause“, sagte er. Diese Personalisierung sei ein Fehler gewesen, meint Grimm. „Dadurch gibt es nun aus ganz unterschiedlichen Lagern den Aufruf, das Referendum als Votum über Renzi zu verwenden.“

> Die Gegner: Die „No“-Front reicht von Beppe Grillos europakritischer Protestbewegung „Fünf Sterne“ über die rechte „Lega Nord“ bis hinein in Renzis eigenen „Partito Democratico“. Vielmehr es aber

gar nicht um die Reform an sich, sondern um eine Abstrafung Renzis. Er eckte immer wieder mit seinen rücksichtslos durchgesetzten Reformen an. Teilweise stehe ihm auch „seine große Klappe“ im Weg, meint Grimm. Silvio Berlusconi oppositionelle „Forza Italia“ etwa arbeitete zunächst sogar an der Reform mit. Trotzdem will Berlusconi nun mit „No“ stimmen. Aus Rache für angeblich nicht eingehaltene Abmachungen.

> Die Stimmung vor dem Referendum: Je näher das Referendum rückte, desto rauer wurde auch der Ton im Wahlkampf. So beschimpfte Beppe Grillo Renzi mehr als einmal als „angeschossene Sau“ oder als „Serienkiller“. Renzi wiederum verlegte sich im Kampf um Stimmen zunehmend aufs „Brüssel-Bashing“ und ließ bei TV-Auftritten Europaflaggen abhängen. Genutzt hat es ihm offenbar wenig: In den letzten Umfragen lag das „No“-Lager leicht in Führung. Allerdings sind rund 20 Prozent der Wähler noch unentschieden. Die Zahl der Nicht-Wähler werde hoch sein, prognostiziert deshalb Politikwissenschaftler Grimm. „Die Frage ist einfach so komplex, dass viele sagen: Ich kann das nicht entscheiden.“ Selbst seine italienischen Wissenschaftler-Kollegen seien sich unsicher, was die richtige Entscheidung ist.

> Die Folgen für Europa: Bei einem „Nein“ müsste Renzi seinen Rücktritt zumindest anbieten. Für Europas Regierungen wäre das nach dem „Brexit“ und der Wahl Donald Trumps in den USA der dritte Schlag ins Gesicht innerhalb weniger Monate. Immerhin gilt Renzi als grundsätzlich europafreundlich. Tritt er zurück, droht dem Land eine Regierungskrise. Experten fürchten auch, dass bei einer Neuwahl Grillos Protestbewegung profitieren könnte. Angelsächsische Medien haben den 4. Dezember deshalb längst zum Schicksalstag für ganz Europa ausgerufen und vor einem Schock an den Börsen gewarnt. Politikwissenschaftler Grimm beschwichtigt: „Es ist keine Abstimmung über Europa, dafür ist der Inhalt der Verfassungsreform zu wichtig.“ Auch Renzi selbst versucht den Ball flach zu halten: „Bei einem Nein würden in Italien keine Heuschreckenschwärme einfallen und es würde auch keine Apokalypse ausbrechen.“

NACHRICHTEN

Gestohlenes KZ-Tor gefunden

Gut zwei Jahre nach dem Diebstahl eines historischen Eisentors in der Dachauer KZ-Gedenkstätte ist es mit hoher Wahrscheinlichkeit in Norwegen aufgetaucht. In Bergen sei ein eisernes Tor mit dem bekannten Schriftzug „Arbeit macht frei“ sichergestellt worden, teilte das Polizeipräsidium Oberbayern Nord am Freitag mit. Der Fund löste bei Verantwortlichen der Gedenkstätte Erleichterung aus.

LKW-Maut auch für Fernbusse?

Die Lkw-Maut soll ab Mitte 2018 auf sämtlichen Bundesstraßen erhoben werden. Der Bundestag hat einen entsprechenden Gesetzentwurf von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) verabschiedet. Von der Ausweitung der Lkw-Maut sollen auch die Bundesländer profitieren. Der Gesetzentwurf sieht auch vor, dass die Bundesregierung bis Ende 2017 eine Maut für Fernbusse prüft. Eine solche Abgabe ist aber innerhalb der Regierung umstritten.

Eine Piratin soll Island regieren

Nach zwei gescheiterten Anläufen der Regierungsbildung in Island könnte die Piratin Birgitta Jónsdóttir Ministerpräsidentin werden. Der isländische Präsident Guðni Jóhannesson erteilte der Politikerin das Mandat, eine Regierung zu bilden. Zuvor hatten Konservative und Links-Grüne erfolglos versucht, mit anderen Parteien über eine Koalition zu verhandeln. Bei der Wahl Ende Oktober waren die Piraten drittstärkste Kraft geworden.

Gambia wählt Präsidenten ab

Langzeit-Machthaber Yahya Jammeh hat die Präsidentenwahl im westafrikanischen Gambia verloren. Wie die Wahlkommission am Freitag in der Hauptstadt Banjul bekanntgab, errang Oppositionskandidat Adama Barrow 263 515 der abgegebenen Stimmen, Amtsinhaber Jammeh nur 212 009. Der 1965 geborene Barrow wurde von sieben Oppositionsparteien unterstützt.

Ein Jahr Wahlkampf geht zu Ende

Im vierten Anlauf soll Österreich einen Bundespräsidenten wählen – FPÖ hofft auf größten Erfolg

Von Matthias Röder

Wien. Das Facebook-Video der Holocaust-Überlebenden Gertrude ist ein Warnruf vor rechten Demagogen. „Das Niedrigste aus dem Volk, aus den Leuten herausholen. Nicht das Anständige“ – in einfachen Worten und ungelungenen Sätzen spricht die 89-jährige Wienerin in dem fünfminütigen Unterstützer-Film für den Grünen-nahen österreichischen Präsidentschaftskandidaten Alexander Van der Bellen. Die alte Dame fühlt sich von der FPÖ und ihrem Präsidentschaftskandidaten Norbert Hofer an dunkle Zeiten erinnert. Mehr als drei Millionen Mal wurde das Video angeklickt.

Ob der Film die Stimmung unter den 6,4 Millionen Wahlberechtigten in Österreich beeinflussen kann, weiß niemand. „Aber ein Nadelstich gegen die FPÖ ist er schon“, ist der Politologe Peter Filzmaier überzeugt. Wahlempfehlungen von Alltagsmenschen seien wirksamer als die von Prominenten. „Eine Gertrude kann die FPÖ nicht angreifen. Sie hat kein Eigeninteresse, sondern sagt nur ihre Meinung.“ Es bleibt auf alle Fälle spannend. Fast jeder erwartet am Sonntag ein Kopf-an-Kopf-Rennen um den Einzug in die Wiener Hofburg.

Vor rund sechs Monaten lag der 72-jährige Wirtschaftsprofessor Van der Bellen knapp 31 000 Stimmen vor Hofer. Nach der Annullierung der Wahl wegen organisatorischer Schlapereien und der abgesagten Wiederholung wegen defekter Wahlurnen sind die Vorzeichen zum Ausgang nun schwierig zu deuten. Fest steht nur: Ein Sieg des FPÖ-Kandidaten wäre der bisher größte Triumph der Rechtspopulisten in Europa.

Durch die Verzögerung wächst der Wahl eine neue Signalwirkung zu. Nach

dem Brexit-Votum, dem Wahlsieg des Populisten Donald Trump in den USA und parallel zum Verfassungsreferendum in Italien könnte sie ein weiterer Baustein hin zum Umbau des europäischen Hauses werden – mit vielfach gefürchteten Folgen.

Nach insgesamt 350 Tagen Wahlkampf hoffen die Österreicher und auch die Kandidaten auf ein Ende der Dauerkampagne mit teils bitterbösen Zügen. Plakate von Hofer wurden mit Hitler-Bärtchen „verzerrt“, die von Van der Bellen mit Hundekot beschmiert. Die Si-

sich beim Umgang mit IS-Rückkehrern. „Wenn Sie sich der Fremdenlegion anschließen, verlieren Sie die Staatsbürgerschaft. Wenn Sie zum IS gehen, verlieren Sie die Staatsbürgerschaft nicht“, kritisierte Hofer. Van der Bellen entgegnete: „Auch ein Mörder verliert die Staatsbürgerschaft nicht.“

Grundlegend geändert hat sich die Ausgangslage seit dem 22. Mai nicht. Doch sind mehrere innenpolitische Entwicklungen zu beachten: So verpackt die FPÖ ihre EU-Kritik seit dem Brexit geschmeidiger denn je, Hofer spricht statt von Austritt nur noch von einer „notwendigen Weiterentwicklung des EU-Projekts“.

Zum Zweiten ist seither der „Neustart“ des neuen Kanzlers und SPÖ-Chefs Christian Kern versandet. Was blieb, ist das sehr mächtige Image der Großen Koalition. Kerns kürzlicher „Kuschel-Talk“ mit FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache könnte die Hemmschwelle für SPÖ-Anhänger senken, diesmal FPÖ zu wählen. „Die damals eingebrachte politische Dividende für Van der Bellen ist durch dieses Verhalten wieder aufgebraucht worden“, sagt Wolfgang Bachmayer vom Meinungsforschungsinstitut OGM.

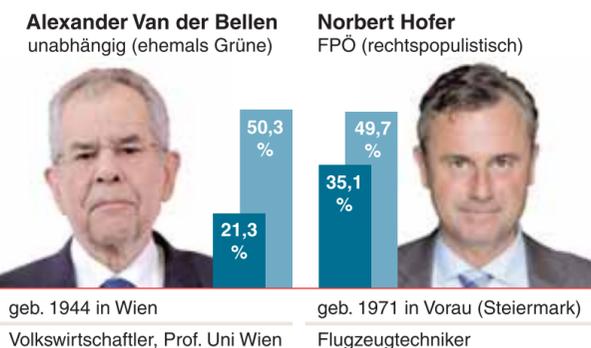
Hinzu kommen zwei Probleme für Van der Bellen: Die Wiener SPÖ führt gerade einen offenen Richtungsstreit. In der Hauptstadt hatte Van der Bellen im Mai auch dank massiver SPÖ-Hilfe ein Viertel seiner gesamten Stimmen geholt.

Zudem sind für die Wahlwiederholung rund 20 Prozent weniger Briefwahlzettel beantragt worden. Im Mai sicherten Briefwähler Van der Bellen den knappen Sieg. Unklar ist, ob er nun schwindende Unterstützung erlebt – oder ob wegen der beiden Briefwahlpannen einfach mehr Wähler persönlich zur Urne gehen wollen.

Stichwahl in Österreich

Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten

■ Stimmanteile im 1. Wahlgang (24.4.) ■ annullierte Stichwahl (22.5.)



geb. 1944 in Wien geb. 1971 in Vorau (Steiermark)
Volkswirtschaftler, Prof. Uni Wien Flugzeugtechniker

Wer erobert die Hofburg? Bei der letzten – ungültigen Stichwahl – stand das Ergebnis zugunsten Van der Bellens erst am Montag fest. Grafik: dpa

cherheit für den grünen Kandidaten musste wegen Morddrohungen verstärkt werden. Ein unmoderiertes TV-Duell zwischen im Mai lief völlig aus dem Ruder. Nach einer Zeit der Zurückhaltung beschimpften sich beide im letzten TV-Duell am Donnerstagabend wieder mehrfach als „Lügner“, „Spion“ oder „Kommunist“.

Das Schweigen des Premiers

Valls äußert sich nicht zu Hollande-Nachfolge

Paris. (dpa) Derspektakuläre Verzicht des französischen Staatspräsidenten François Hollande auf eine erneute Kandidatur führt zu einem Machtkampf in der sozialistischen Partei. Es wird erwartet, dass Premierminister Manuel Valls antritt – doch gegen ihn dürfte es Widerstand vom linken Flügel der Parti Socialiste (PS) geben. Mehrere Gegner haben bereits ihren Hut in den Ring geworfen, darunter der Ex-Minister Arnaud Montebourg.

Valls erklärte am Freitag bei einem Auftritt im ostfranzösischen Nancy, er wolle die Bilanz von Hollandes Amtszeit verteidigen. Zu seinem persönlichen Absichten äußerte er sich nicht im Detail. Der 54-Jährige hatte in den vergangenen Wochen mehrfach erklärt, er wolle sich der Vorwahl der Linken im Januar stellen, falls Hollande nicht antrete. Unklar ist, ob ein Wahlkämpfer Valls als Regierungschef im Matignon-Palast bleibt – oder das Amt an ein anderes Regierungsmitglied abgibt. Spekuliert wird über Bernard Cazeneuve (Inneres) oder Jean-Yves Le Drian (Verteidigung).

Hollande hatte am Donnerstagabend überraschend eingeräumt, er habe im eigenen Lager keinen breiten Rückhalt mehr. Politiker des linken Spektrums sprachen von einer würdigen Entscheidung im Interesse des Landes. Die Opposition wertete die Anknüpfung dagegen als Eingeständnis des Scheiterns. Der konservative Präsidentschaftskandidat François Fillon schrieb auf Twitter: „Diese Amtszeit endet in politischem Chaos und Auflösung der Macht.“

Der Druck auf die Linke ist groß. In Umfragen für den ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl liegen Fillon und die Rechtspopulistin Marine Le Pen von der Front National deutlich vorn. Deutschlands wichtigster EU-Partner wählt seinen neuen Staatschef voraussichtlich in zwei Wahlgängen am 23. April und am 7. Mai kommenden Jahres.



Manuel Valls. Foto: AFP